



II-**3867** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 14. Juni 1978
1011, Stubenring 1

Zl. 11.633/26-I 1/78

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton B e n y a

Parlament

1010 W i e n

1812/AB

1978-06-15

zu 1849/J

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische Anfrage
der Abgeordneten zum Nationalrat
Dr. Hubinek und Genossen (ÖVP),
Nr. 1849/J, vom 21. April 1978, betr.
Auswirkungen der Ehescheidung auf die
Benützung von Dienstwohnungen des Land-
wirtschaftsministeriums

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hubinek und Genossen (ÖVP), Nr. 1849/J, betreffend Auswirkungen der Ehescheidung auf die Benützung von Dienstwohnungen des Landwirtschaftsministeriums, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Dienst- und Naturalwohnungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft werden nur an Bedienstete des Ressorts vergeben. Da die ressorteigenen Wohnungen im Zusammenhang mit der Funktion des jeweiligen Benützers zur Verfügung stehen, werden sie in der Regel im Falle der Aufgabe durch den bisherigen Benützer dem neuen mit der gleichen Funktion betrauten Bediensteten zugewiesen. Dies trifft im besonderen auf Dienstwohnungen zu, die der Beamte gemäß § 24 Abs. 1 Gehaltsüberleitungsgesetz zwecks ordnungsgemäßer

Ausübung des Dienstes beziehen muß. Die Benützung dieser Wohnungen durch Nichtbedienstete (Ehegatten für den Fall der Scheidung der Ehe) ist daher mit der Widmung der Wohnung nicht vereinbar.

In der Praxis hat dieses Problem im Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft bisher zu keinen erheblichen Schwierigkeiten geführt.

Zu 2.:

Im Gegenstand haben auf Beamtenebene Kontakte zwischen dem Bundesministerium für Justiz und meinem Ressort stattgefunden.

Zu 3.:

Die von den Fragestellern erwähnte gesetzliche Regelung wird voraussichtlich am 1. Juli 1978 in Kraft treten. So weit bisher erkennbar, wird sie zu keiner Änderung der im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bisher geübten Praxis führen. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wird sich auch in Zukunft, wie schon bisher, bemühen, soziale Härten weitgehend zu vermeiden.

Der Bundesminister:

